

Ministerratsprotokoll Nr. 55  
vom 8. März 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f, Dr. G r i m m, H a u e i s, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 14.00 – 15.00

*Reinschrift (3 ½ Seiten), Konzept, Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll.*

I n h a l t:

1. Forderungen der Kärntner Zivilangestellten in der ehemaligen Abstimmungszone A.
2. Berufung des Bundeskanzlers sowie der Bundesminister für Finanzen und für Volksernährung nach London.
3. Forderungen der Telegraphenangestellten.
4. Frage der Auslieferung des Goldschatzes der Österr.-ungar. Bank.

**1.**

*Forderungen der Kärntner Zivilangestellten in der ehemaligen Abstimmungszone A.*

Der V o r s i t z e n d e macht dem Ministerrate Mitteilung von einer ihm zugekommenen Eingabe der Abgeordneten aller drei Parteien im Lande Kärnten, in welcher eine Erhöhung der Gebühren der in der ehemaligen Abstimmungszone A bediensteten Zivilangestellten im Hinblick auf die dortselbst ganz besonders erschwerten Lebensbedingungen verlangt werde.

Der Ministerrat beschließt, diese Eingabe sowie ein weiteres Ansuchen um Gewährung einer Notstands-aushilfe für die Schulgemeinden der Zone A dem Bundesministerium für Finanzen zur weiteren Behandlung zu überweisen.

2.

*Berufung des Bundeskanzlers sowie der Bundesminister für Finanzen und für Volksernährung nach London.*

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, daß er am heutigen Tage von der englischen Regierung eine offizielle Einladung erhalten habe, sich mit den Bundesministern für Finanzen und für Volksernährung zur Führung finanzieller und wirtschaftlicher Verhandlungen nach London zu begeben.

Er erbitte sich die Ermächtigung des Ministerrates, beim Bundespräsidenten in Vorschlag bringen zu dürfen, daß für die Zeit der Abwesenheit von Wien mit der Leitung des Bundesministeriums für Äußeres sowie des Bundesministeriums für Volksernährung der V i z e k a n z l e r und mit der Vertretung des Bundesministers für Finanzen der Sektionschef Dr. Leopold J o a s betraut werde.

Der Ministerrat pflichtet diesem Antrage bei.

3.

*Forderungen der Telegraphenangestellten.*

B.-M. Dr. P e s t a bringt dem Ministerrate zur Kenntnis, daß die Telegraphenangestellten bereits vor einiger Zeit eine Reihe von Forderungen aufgestellt hätten, die zum großen Teile bewilligt werden können. In diesem Zusammenhange sei aber auch die Frage aufgeworfen worden, in welcher Form die Überführung dieser Angestelltengruppe in die neue Besoldungsordnung stattzufinden habe. Hiebei sei verlangt worden, daß bei der Überführung das letzte Jänneravancement berücksichtigt werde. Angesichts der unabsehbaren Rückwirkungen auf die schon überführten Post- und Eisenbahnbediensteten halte Redner die Willfährung dieser Forderung für gänzlich ausgeschlossen. Ebenso unmöglich erscheine es ihm, das weitere Begehren zu erfüllen, daß die den Postsparkassenbeamten zugestandenen abgekürzten Vorrückungsfristen auf die Telegraphenangestellten Anwendung zu finden haben.

Die erwähnten Forderungen seien bis 10. d. M. befristet; die Verhandlungen würden weiter geführt. Der sprechende Minister bitte seine Mitteilungen zur vorläufigen Kenntnis zu nehmen, gleichzeitig aber den grundsätzlichen Beschluß zu fassen, daß die gekürzten Vorrückungsfristen der Postsparkassenbeamten keiner Angestelltengruppe bei der Überführung in das neue Besoldungsschema werden zugestanden werden.

Der Ministerrat pflichtet diesem Antrage bei.

## 4.

*Frage der Auslieferung des Goldschatzes der Österr.-ungar. Bank.*

B.-M. Dr. G r i m m berichtet über das Ergebnis der Beratungen der Obmännerkonferenz in der Frage der Auslieferung eines Teiles des Goldschatzes der Österr.-Ungar. Bank an die Liquidatoren. Redner berichtet weiters über ein vom österreichischen Gesandten in Paris zwischenweilig eingelangtes Telegramm, demzufolge die Pariser Kommission auf dem Standpunkte stehe, uns bis an die äußersten Grenzen der Möglichkeit entgegengekommen zu sein. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Kommission aus Prestige Gründen von ihrem Standpunkte nicht abgehen werde und sich mit der von der österreichischen Regierung vorgeschlagenen Lösung befreunden werde, die lediglich in formeller Hinsicht dem Pariser Standpunkte Rechnung trage, materiell dagegen die Interessen Österreichs nicht schlankweg preisgebe. Aus dem Telegramm gehe weiters hervor, daß ein neuerliches Einschreiten in Paris die größte Mißstimmung hervorrufen würde, zumal die Reparationskommission unmittelbar nach dem Eintreffen des österreichischen Unterhändlers in Wien eine Antwort erwartet habe. Redner bitte daher, der Ministerrat möge an seinem in der Sitzung vom 6. d. M. gefaßten Beschlusse festhalten.

Der V o r s i t z e n d e verweist auf die schwere Verantwortung, die die Regierung im Ablehnungsfalle gerade im jetzigen Zeitpunkte auf sich nehmen würde, in dem unmittelbare Verhandlungen in London sowie auf der Rückreise in Paris selbst bevorstünden. Andererseits müsse sich die Regierung vor Augen halten, daß die Verantwortung, die sie gegenüber dem Nationalrate zu tragen habe, nicht geringer sei.

Bei der sich hierüber entwickelnden Debatte tritt die übereinstimmende Auffassung zu Tage, daß unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes erübrige, als an dem bereits gefaßten Beschlusse des Ministerrates festzuhalten.

Der Ministerrat pflichtet diesem Standpunkte bei.

55., 8/3.	Anwesend: Alle Minister. 55. 8/3., 2 Uhr Nachmittag.
<p>1) <u>Mayr:</u></p> <p>Forderungen. 1) der öffentlichen Bundesangestellten (Justiz).</p> <p>2) Notstandsaulhilfe für Schulgemeinden. Teuerung: Zone A Kärnten.</p>	<p><u>Mayr:</u> Gebühren der in der Zone A Angestellten, welche so schwer auskommen, weil es die jugoslawischen [...] 1 : 3 zahlen müssen. Dringendes Schriftstück von Abgeordneten aller drei Parteien von Kärnten erhalten. I. Forderungen der öffentlichen Bundesangestellten. Justiz: Regierung täglich rund 150 Kronen [...] Erhöhung der Reise [...] um 100 Prozent, rückwirkend bis 1.1.20. 2) Einreihung sämtlicher Orte mit Sitz von Gerichten oder Steuerämtern in Klasse Ia. 3) Weiter Bewilligung des [...] Unterschieds für die ständigen Angestellten in der Zone A und Erhöhung um 100 Prozent. Bei Nichtbewilligung: Streik. Wird dem Finanzminister übergeben.</p> <p>II. Notstandsaulhilfe für die Schulgemeinden der Zone A. Schäden an Gebäuden und in der Einrichtung. Auch Ersuchen aller drei Parteien in Kärnten. Wird dem Finanzminister übergeben</p>
<p>2)</p> <p><u>Mayr:</u> Heute eine dringende Einladung von England gekommen. Wir reisen als Gäste der Engländer. So rasch als möglich. Sehr viel hoffe ich nicht. Projekt Lindley eine Aktion geplant. Zweifelhaft, ob schriftlich zustimmen wird.</p> <p>Bericht Schüller: sehr schlecht.</p> <p><u>Grünberger:</u> Mit der Leitung des Amtes: Breisky betraut.</p>	<p>Lindley hat offiziell überreicht. <u>Mayr:</u> Heute ist eine dringende Einladung von England gekommen, dass wir nach London reisen. Als Gäste der Engländer, und so rasch als möglich nach London. (Auch wurde mir ganz vertraulich mitgeteilt: Projekt Lindley war eine Aktion geplant. Aber es erscheint zweifelhaft, ob Italien und Frankreich zustimmen werden.) Berichte von Schüller sind sehr schlecht.</p> <p>Vizekanzler wird in der Abwesenheit die Geschäfte führen. <u>Grünberger:</u> Ich ersuche, dass in meiner Abwesenheit mit der Leitung des Ernährungsamtes der Vizekanzler betraut wird. Ich möchte nur ... <u>Mayr:</u> Wenn es notwendig ist, dass ein Minister mit der Führung der Geschäfte betraut wird. Vizekanzler für Bundeskanzleramt und Äußeres. Finanzen: Wenn zulässig, dann Sektionschef Joas, wenn nicht zulässig. [10] //</p>
3.	

<p><u>Pesta:</u> Technische [...] (Telegraphen-Angestellten) Reihe von Forderungen aufgestellt und vorige Woche Ultimatum gestellt. Sechs Punkte als sofort zu bewilligen.</p> <p>Die Beratungen haben letzten Freitag stattgefunden. Mit Zelenski Übereinkommen, dass vom Standpunkt des Finanzministeriums Stellungnahme von ihm zu vertreten übernommen. Es handelt sich, in welcher Form, die Überführung der Telegraphen-Angestellten in die neuen Besoldungsordnung stattzufinden hat.</p> <p>Sie haben verlangt, dass die Forderung am 1/1 21 bei der Überführung wirksam wird: Das hat eine große Rückwirkung auf die schon überführten Besoldungsgruppen, insbesondere bei der Post und Eisenbahner. Weiters wollen sie auch, dass die Zugeständnisse an die Postsparkassen-Beamten mit den verkürzten Fristen auf sie angewendet werden. Ich habe erklärt, dass Sch[...] ganz unannehmbar ist, weil damit die Besoldungsreform zunichte wird.</p> <p>Am Samstag würde die Proposition der Regierung abgelehnt, und sind wieder mit einem Schreiben an Grimm herantreten und haben gefordert, das binnen drei Stunden zu entscheiden ist. Frist bis Donnerstag zugestanden.</p> <p>Ich muss aber aufmerksam machen, dass solche Verhandlungen unmöglich zu führen sind, wenn von der Presse zwischendurch alles geschlagen wird. „Reichspost“ gestern Abend und heute Früh. Aus sachlichen Gründen ist ausgeschlossen, die Anwendung des Beförderungsmodus bei der</p>	<p><u>Pesta:</u> Die technischen [...] zum Beispiel die Telegraphen-Angestellten haben eine Reihe von Forderungen schon vor vier Wochen aufgestellt. Nachdem die Beratung eine gewisse Zeit erforderte, sind sie ungeduldig geworden und haben ein Ultimatum gestellt. Es werden sechs Punkte als sofort zu bewilligen gefordert werden. Die Beratungen über das Ultimatum haben Freitag voriger Woche stattgefunden und wir sind mit Zelinski vom Finanzministerium übereingekommen, dass sowohl das was von meinem Ressort Standpunkt, als auch was von Standpunkt des Finanzministeriums [...] war, von Zelinski zugesichert und das er es in der Versammlung vertreten wird.</p> <p>Überführung der Telegraphen-Angestellten in die neue Besoldung. Sie haben dasselbe verlangt, dass die Forderung des 1.1.21 bei der Überführung berücksichtigt wird. Hätte große Rückwirkung auf Eisenbahner und Postler, die schon überführt sind. Nicht genug [...] ist dieser Termin, sie wollen, dass auch die Zugeständnisse an die Postsparkassa mit den verkürzten Fristen einbezogen werden. So zwar, dass ein wirklicher [...] mit 1.1.21 zugebilligt wird und bei der Überführung berücksichtigt wird.</p> <p>Ich habe erklärt, dass das unannehmbar ist, weil sonst die Besoldungsordnung ad absurdum geführt wird. Es würde das ein [...] ergeben, die Verwendungsgruppen weit zurückbleiben, gegenüber dem [...], in dem der Betreffende in die Besoldung überstellt würde. Zelinski hat das eingesehen und hat sich damit beschieden, dass wenigstens das normale [...] von 1.1.21 einbezogen wird. Wilfling hat das geglaubt, dass das zuzugestehen wäre. Ich habe nur verlangt, dass Post und Eisenbahner auch einbezogen werden. Die Mandatare haben aber das abgelehnt und verlangt, dass binnen drei Stunden ihre Forderungen angenommen werden. Wir haben uns aber eine Frist bis Dienstag erwirkt. Ich habe aber auch bei den normalen [...] aufgenommenen Verhandlungen betont, dass die Forderung betreffend Postsparkassa unannehmbar sei. Die Verhandlungen werden weitergeführt. Es ist unmöglich, diese Verhandlungen weiterzuführen, wenn inzwischen von der Presse geheizt wird. ([...] gegen Zelenski). Zelenski würde auch, wenn er uns entgegenkommen möchte, dann nicht mehr zurück können. Aus solchen Gründen ist die Einbeziehung der Postsparkassa mit den</p>
---	--

<p>Postsparkassa.</p> <p>Ich bitte, dass es von der Regierung unter keinen Umständen zugegeben wird, dass die gekürzten Fristen bei der Überführung ins neue Besoldungsschema für irgendeine Beamtengruppe zugestanden wird. <u>Grimm</u> schließt sich Pesta an.</p> <p><u>Pesta</u>: Die Kürzungen sind unter dem Gesichtspunkt gemacht worden, dass wir unmittelbar vor der Besoldungsordnung stehen und das dann Ruhe herrschen wird. Antrag angenommen.</p>	<p>gekürzten Fristen für die Überführung in die neue Besoldungsordnung aufgeschlossen und ich könnte, selbst wenn das dem Finanzministerium zugestanden würde, mein Ressort nicht in diese neue Besoldung überführen. # Ich bitte, dass der Ministerrat beschließt, dass die neuen Vorrückungs-Fristen der Postsparkassa in keinerlei Besoldungsordnung aufgenommen werden.</p> <p><u>Grimm</u>: Stimme vollkommen bei. Ich freue mich, dass aus sichtlichen Gründen abgelehnt werden soll. Die finanziellen Wirkungen wären unabsehbar. Es müsste mehr als ein Drittel der Beamten in höhere Bezüge gelangen. Ursache sind die Postsparkassen-Beamten. Wenn man <u>nochmals</u> nachgeben würde, so ist das unabsehbar. //</p> <p><u>Heinl</u>: Ich habe unsere Leute nicht einmal, sondern wiederholt jetzt gesagt, dass ich absolut nichts mache, was für die übrigen Beamten präjudiziell wäre. Von den Postsparkassen-Beamten hat die Herren nichts mehr zu fürchten. <u>Pesta</u>: Die Zugeständnisse an die Postbeamten und die Postsparkassa wurden immer gemacht, dass sie unmittelbar vor der Besoldungsordnung stehen und der 1.I.20, als Stichtag gilt. Jetzt wurde aber bereits von 1.I.21 gesprochen. <u>Paltauf</u>: Wie wäre es, dass man die Leute bei der Überführung doch in die Gruppe einreihet, die sie [...] ihrer Bezüge gehören, dass man jene aber die Differenz in Form von Personalzulagen gibt. <u>Pesta</u>: Eine Zulage, die durch die Vorrückung aufgezeigt wird, würde bewirken, dass er durch Jahre hindurch keine Bezugserhöhung erhält und gleichsam in sich selbst hinein(?) [...]ziert. # Das Referat ist im Sinne der beantragten Ablehnung genehmigt.</p>
<p>4) <u>Grimm</u>:</p> <p>Gestern ist die Obmänner-Konferenz zusammengetreten; ich habe Situation dargestellt. Die Obmänner haben gesagt, dass sie ihre Klubs befragen müssen. <del>Resch ist auch</del></p>	<p><u>Grimm</u>: Am Sonntag wurde beschlossen, dass die Regierung zunächst Deckung bei der Obmänner-Konferenz suchten. Obwohl es sich nur um ein Entgegenkommen in der Form handelt, unser Standpunkt aufrecht bleibt. Übertragung in das Deputat der Liquidatoren. Es ist deshalb gestern die Obmänner-Konferenz zusammengetreten. Ich habe die Situation dargelegt. Es wurde erklärt, dass die Obmänner nicht entscheiden können, sondern ihre Klubs fragen müssen.</p>

<p>Heute zweite Obmänner-Konferenz. Resch auch dabei. Seipel erklärt, dass diese Frage weder im Nationalrat noch in einem Ausschuss beraten werden soll. Der Klub hat zur Mitteilung erm[...], dass die Obmänner der Regierung, wenn sie im Sinne des Antrags vorgeht, keine Vorwürfe machen wird.</p> <p>Dinghofer: Die österreichische Regierung ist berufen, selbständig vorzugehen. Rat der Großdeutschen wäre aber der, dass die Regierung nicht sofort nachgeben, sondern zunächst einen anderen Weg, Verschiebung der Konferenz, zu versuchen, ohne auf das Moratorium einzugehen, df. also das Gold auszugeben. Ausrede: Verhandlungen mit Engländer. Kollarz hat sich Dinghofer angeschlossen.</p> <p><u>Seitz</u>: Dass die Obmänner-Konferenz zur Entscheidung nicht berufen sei, dass die sozialdemokratische Partei sich vollkommen enthalten muss, eine Meinung abzugeben. Dazu Telegramm Eichhoff: Die Pariser Kommission sei bis an die Grenzen der Möglichkeit uns entgegengekommen. Sie will also doch etwas haben, um ihr Prestige zu erhalten. Neuerliches Einschreiten müsste die größte Misstimmung hervorrufen. Reparationskommission hofft zuversichtlich gleich nach Ankommen Resch in Wien Antwort zu erhalten. Sonst unabsehbare Wirkungen.</p> <p><u>Mayr</u>: Wie die Dinge jetzt liegen, wäre es doch ein starkes Stück der Verantwortung, das wir auf uns nehmen, wenn wir ablehnen würden in Paris. Dazu jetzt, wo wir berufen wurden. Auch auf Rückreise werden wir in Paris uns aufhalten müssen. Ich habe das Gefühl, dass der Minister glatt zustimmen kann.</p> <p><u>Heinl</u> schließt sich Meinung Mayr an. Wenn wir es nicht machen, so würden wir auch zur</p>	<p>Heute zweite Obmänner-Konferenz gewesen. Es wurden folgende Meinungen abgegeben: Seipel hat erklärt, dass sie der Meinung sind, dass mit Rücksicht darauf, dass die Sache in der Öffentlichkeit nicht zu weit behandelt werden soll, die Sache auch nicht im Nationalrat oder im Ausschuss behandelt werden könne. Zweitens sei nur [...] zu [...] dass die christlich-soziale Partei der Meinung ist, dass die Obmänner der Regierung, wenn sie im Sinne ihres Antrages vorgehen, keine Vorwürfe machen werden.</p> <p>Dinghofer: Die österreichische Regierung sei berufen, nach bestem Wissen und Gewissen vorzugehen. Sie könnten nur den Rat geben, dass die Regierung nicht sofort nachgeben soll, sondern zunächst einen anderen Weg, ja eine Verschiebung der Konferenz versuchen sollte, das Gold auszufolgen. Man könnte sich daher ausreden, dass man doch Verhandlungen mit den Engländern pflegen muss.</p> <p>Agrar [...] (Vertrag) [...] angeschlossen.</p> <p><u>Seitz</u>: Dass die Obmänner-Konferenz zur Entscheidung nicht berufen sei. Die sozialdemokratische Partei stehe in der Opposition. Sie muss sich daher vollkommen einer Meinung enthalten. [11] //</p> <p>Was den Vorschlag Dinghofer anbelangt, so ist das ausgeschlossen, denn sie wollen eine definitive Erklärung haben.</p> <p><u>Mayr</u>: Es handelt sich für uns darum, wollen wir die parlamentarische Verantwortung übernehmen oder nicht? Auf die Frage Seipel an Seitz, ob ein Dringlichkeits-Antrag eingebracht würde, wenn wir das tun, hat Seitz gesagt, es bestehe nicht die Absicht.</p> <p>Ich habe das Gefühl, es wird aber nichts geschehen, wenn wir eine längere Hinausschiebung der Sache erreichen.</p> <p>Vom rein politischen Gesichtspunkt muss ich sagen, wäre es doch vielleicht ein starkes Stück, die Verantwortung, die wir auf uns nehmen, wenn wir in Paris ablehnen. Ich habe das Gefühl, dass der Ministerrat ganz ruhig ja sagen kann. Nur wenn es zu außerordentlichen politischen Schwierigkeiten käme, im Haus würde eine [...] für die Regierung gemacht werden.</p> <p><u>Heinl</u>: Ich bin auch der Meinung, dass man zustimmen kann. Wenn sich die</p>
--	---

<p>Verantwortung gezogen werden.</p> <p><u>Breisky</u>: Wenn die Frage verfassungsrechtlich nicht eine Kompetenz der Volksvertretung in sich schließt, so müssen wir uns entscheiden. Zustimmung erteilt. [9]</p>	<p>parlamentarischen Parteien drücken, so dürfen doch wir uns nicht drücken.</p> <p><u>Breisky</u>: Wenn die Frage verfassungsrechtlich so ist, dass das [...] Recht in diesem Fall der Regierung zusteht und nicht die Kompetenz der Volks-Vertretung vorliegt, so haben wir getan, was getan werden muss. Wir haben eine Äußerung der Volks-Vertretung einholen lassen. Sie hat uns keine Weisung gegeben. Wir handeln also im Sinne der uns bei der Wahl erteilten Generalvollmacht. Nach sofortiger Überlegung erkennen wir, dass ein Nachgeben das zweckmäßige ist.</p> <p><u>Grimm</u>: Die Aktionäre der österreichisch-ungarischen Banken haben schwere Bedenken gegen den Vorbehalt, den wir in die Note hineingeben wollen. Davon kann aber nicht abgegangen werden. Zustimmung erteilt. Angenommen. Damit geht die Note an die Liquidatoren ab.</p>
<p>5) <u>Glanz</u>: <u>Grünberger</u>: Diejenigen Minister, die nicht auf die Reise gehen und die Sache haben, welche für Paris von Wichtigkeit sind, mitzugeben, dass man mit Eichhoff in Paris sprechen kann.</p>	<p><u>Grünberger</u>: Diejenigen Minister, die nicht nach Paris oder London fahren, sollen uns bis morgen Abend Aufzeichnungen geben für den Fall, als sie in Paris etwas anhängig haben.</p>
<p>Brotpreisfrage. Welche Minister wollen mit meiner und Grimm sprechen. Landarbeiterfrage. Schon Streik im Marchfeld.</p>	<p><u>Grünberger</u>: 1) Bürgermeister verlangt dringende Unterredung mit dem Bundeskanzler wegen der Brotpreisfrage. 2) Landarbeiterfrage. Streiks in Marchfeld eingetreten. Die Landarbeiterfrage kann nicht von heute auf morgen gemacht werden. Ich habe die Information für die Parteien dem Bundeskanzler heute schon übermittelt. Bitte, das einzuleiten.</p>
	<p>Morgen im Laufe des Nachmittags wird Bundeskanzler an Grünberger und Finanzminister und Eldersch. Im Hause 3 Uhr.</p>